GG-Rundbrief-Internationale Friedensarbeit Oktober 2026

Liebe Interessierte,
der Druck auf Menschen, die sich Krieg und Kriegsvorbereitung widersetzen, nimmt zu, es regen sich aber auch die Gegenkräfte. Beispiele sind die steigenden – angesichts einer noch nicht bestehenden Wehrflicht vorsorglichen – Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer, der 4. Schulstreik gegen Wehrpflicht sowie die Kundgebung „Unzwingbar" am 02.10. in Berlin und die Demonstrationen in Berlin und Stuttgart am folgenden Tag.

Hinweis: Am **Mittwoch 14. Oktober** führt die Fraktion Europäische Linke im Europäischen Parlament ein **Seminar** zum Thema ***Kriegsdienstverweigerung als grundlegendes Menschenrecht und als Widerstandsform gegen Krieg und Militarisierung*** durch. Die Veranstaltung findet hybrid vor Ort und online statt, eine Anmeldung ist möglich unter folgendem link: https://left.eu/events/conscientious-objection-is-a-human-right/?fbclid=IwY2xjawUwdZpleHRuA2FlbQIxMAB-wZG9mBWJyaWQRMWRmV3ZZd0tHZmR4SVRDckdzcnRjBmFwcF9pZBAyMjIwMzkxNzg4MjAwODkyAAEe-PaPPbYyxYi3GskzN8KX5jiT4l1rExRrS-fEVSKoGfPsSenOejnPWaNz5W6Qw_aem_poQd1cY_SyOAOZNtUT0u8Q

In der **Türkei** werden Kriegsdienstverweigerer seit vielen Jahren verfolgt. Mitte September führte die Polizei unter dem zynischen Motto „My Familie ist sicher" Razzien bei LGBTQI+-Vereinigungen und -Aktivisten durch. **Einer der mehr als 100 Verhafteten ist der Trans-Aktivist Deniz Hikmet Hazer**, der am 10. Dezember 2025 (Tag der Menschenrechte) öffentlich seine Kriegsdienstverweigerung erklärt hat: „Der Staat verlangt von mir, dass ich gehorche, schweige und meinen Körper und meine Identität militärischen Zwecken unterordne. Aber ich gehorche nicht. Ich lehne Gewalt ab. Ich lehne Militarismus ab." *Conscientious Objection Watch* aus der Türkei und die *War Resisters' International (WIR)* rufen zu einer Briefkampagne, um Deniz zu zeigen, dass sie nicht allein ist, und um mit unserer gemeinsamen Solidarität die Gefängnismauern zu durchbrechen. **Solidaritätsbotschaften** sind auf zwei Wegen möglich: 1) Brief per Post an die Gefängnisanschrift: Hikmet Hazer, Söke Kapalı Cezaevi - Revir Koğuşu, Yuvaca, Boynak Sokak No:2/7, 09220 Söke / Aydın, TURKEY. Da Deniz keine Fremdsprachen versteht, bitte immer eine türkische Übersetzung beifügen. 2) Eine Botschaft kann auch online verschickt werden: https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSeykrdbDBvzwuMB9o-eB3WMxlKhiiIR-MuNTWn7MM568r2l7Xw/viewform . WIR wird die online-Botschaften sammeln und an Deniz weiterleiten.

Nordzypern: Hasan Rahvancıoğlu ist am 24. September wegen Verweigerung der eintägigen Reserveübung zu einer Geldstrafe von 8.000 TL ersatzweise 3 Tage Haft verurteilt worden. Obwohl der Europäische Menschengerichtshof in einem Urteil auf die unhaltbare Lage hingewiesen hatte, urteilt die Justiz wie gehabt und verweist auf die Verantwortung der Politik für eine Gesetzänderung. Am 3. August hat die ***Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen und der Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit*** **der Vereinten Nationen** eine **Anfrage an die türkisch-zypriotischen Behörden** gerichtet, in der es u.a. heißt: „Bitte geben Sie Auskunft darüber, inwieweit die strafrechtliche Verfolgung von Herrn Hasan Rahvancıoğlu, Herrn Halil Karapaşaoğlu und anderen türkisch-zyprischen Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen mit den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen vereinbar ist, einschließlich derjenigen aus dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und der Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Weltanschauung." Das Dokument kann hier eingesehen werden: https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownLoadPublicCommunicationFile?gId=31153

Der **Internationale Versöhnungsbund** (IFOR) hat am 22. September dem UN-Menschenrechtsrat auf seiner 63. Tagung eine **schriftliche Stellungnahme zur Kriegsdienstverweigerung** vorgelegt. Die Stellungnahme benennt die Einschränkungen des KDV-Rechts in **Belarus, Russland und der Ukraine** und kritisiert Beschränkungen bei Einreise, Visa und Asyl für russische und belarusische Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen sowie Maßnahmen, die den Schutz ukrainischer Männer im wehrpflichtigen Alter einschränken könnten. Sie fordert die EU auf, bei der Reaktion auf sicherheitspolitische Herausforderungen den Menschenrechtsschutz aufrechtzuerhalten. IFOR schlägt außerdem vor, dass die Vereinten Nationen die Einsetzung eines eigenen Sonderberichterstatters für Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und nichtmilitärischen Friedensschutz prüfen: https://storage.googleapis.com/mailerlite-uploads-prod/q1678497/pVZSclwzNBal1PilCnMJp2G0LUCozMWR0mJjmkKz.pdf

Forum 18 aus Oslo berichtet über **einen weiteren ungeklärten Tod eines ukrainischen Kriegsdienstverweigerers beim Militär**. Am 1. Dezember 2025 nahmen maskierte Beamte des Wehrersatzamtes des Bezirks Checheliv in Dnipro den 40-jährigen pfingstkirchlichen Kriegsdienstverweigerer **Jewhen Nabraklo** fest. Sie verlegten ihn zum Sturmregiment „Skelya" in der Region Dnipropetrowsk, das für seine hohe Rate an Todesfällen außerhalb des Kampfeinsatzes berüchtigt ist. Später brachten sie ihn zu einer militärischen Ausbildungseinheit in der Region Riwne. Er starb am 1. Januar 2026 in einem Krankenhaus in Riwne an einer „akuten eitrigen bakteriellen Meningitis", wie aus der Sterbeurkunde hervorgeht. "He was in a terrible state when we saw the body in the morgue. We don't know how he died – they can write whatever they like on the death certificate," a relative told Forum 18. Felix Corley schreibt in einem Artikel vom 26. August über die ungeklärten Umstände dieses Todesfalls und wie die Ermittlungen verschleppt werden: https://www.forum18.org/archive.php?article_id=3065 . **Yurii Sheliazhenko schreibt in einem Artikel vom 04. September von 33 verdächtigen Todesfällen** unter Rekruten in der Ausbildung des Sturmregiments Skelya der ukrainischen Streitkräfte. Das offensichtliche Fehlen von Ermittlungen erwecke den Eindruck, „dass militärische Übergriffe bewusst vertuscht werden. Dies könnte Teil einer Politik sein, die Gewalt in der Armee zulässt. Dazu gehört auch die Folter von Kriegsdienstverweigerern, um sie dazu zu zwingen, ihre Religion oder Überzeugung aufzugeben, wenn diese mit dem Militärdienst unvereinbar ist." Siehe: https://de.connection-ev.org/article-4816

Netiwit Chotiphatphaisal, ein Aktivist für Demokraie und Menschenrechte, bekämpft in **Thailand** seit mehr als 10 Jahren die Wehrpflicht. Er hat als erster Thailänder öffentlich seine Kriegsdienstverweigerung erklärt und wurde im Juli 2026 nach einer Verhandlung vor dem Verfassungsgericht zu 6 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Unter Bezugnahme auf seinen Fall hat die War Resisters' International dem UN-Menschenrechtsausschuss einen Bericht zur Lage der KDV in Thailand vorgelegt, in dem die rechtliche Anerkennung der KDV in Übereinstimmung mit internationalen Standards gefordert wird: https://wri-irg.org/sites/default/files/public_files/WRI%20-%20List%20of%20Issues%20-%20Thailand%20.pdf

Olga Karach von der belarussischen NGO *Unser Haus* (Nash Dom) berichtet über einen verstörenden und beschämenden Vorfall. **Litauen schickte einen Antikriegsaktivisten nach Russland zurück, der einst die Unabhängigkeit Litauens verteidigt hatte. Nun wurde er zu sechs Jahren Haft in einer Strafkolonie verurteilt. -** Der 68-jährige Russe Igor Odinzow, der nach Aussage des Vorsitzenden der litauischen Gemeinschaft im Gebiet Kaliningrad im Januar 1991 den Verteidigern der litauischen Unabhängigkeit geholfen hatte, durchschwamm im September 2026 die Memel (Neman), um der strafrechtlichen Verfolgung wegen seiner Antikriegsaktivitäten in Russland zu entkommen. Nach einer Überprüfung, an der auch der litauische Staatssicherheitsdienst (VSD) beteiligt war, gab Litauen ihn an die russischen Behörden zurück. Am 30. September verurteilte ihn ein Militärgericht zu sechs Jahren Haft in einer Strafkolonie mit strengem Regime. Siehe ausführlich: https://www.ndbelarus.com/2026/10/08/lithuania-helped-putin-send-an-anti-war-activist-to-prison-for-six-years/ Olga Karach schrieb mir ergänzend in einer email: „Wir bereiten eine offizielle Anfrage an die litauische Regierung zu diesem Fall vor. Ich bin der Ansicht, dass das Geschehene einen großen öffentlichen und politischen Skandal verdient. Das ist schlichtweg inakzeptabel. Wir haben zudem Informationen über weitere Fälle erhalten, in denen russische Kriegsdienstverweigerer und Deserteure von Litauen nach Russland zurückgeschickt wurden. Leider stammen viele dieser Informationen aus anonymen oder vertraulichen Quellen. Litauische Medien haben über einige dieser Fälle berichtet, doch es ist uns nicht gelungen, die betroffenen Personen zu identifizieren oder ausreichende Unterlagen zu beschaffen. Dieser Fall unterscheidet sich von den anderen, da wir endlich einen Namen und einen konkreten Fall haben, der untersucht und rechtlich verfolgt werden kann." Olga Schreibt weiter: „Diese Geschichte hat zudem etwas besonders Schmerzhaftes und historisch Bedeutsames an sich. Dieser Mann ist bereits im fortgeschrittenen Alter. Er ist selbst kein Kriegsdienstverweigerer, doch vor mehr als dreißig Jahren reiste er von Kaliningrad aus an, um an Demonstrationen zur Unterstützung der litauischen Unabhängigkeit teilzunehmen. Zu einer Zeit, als Litauen darum kämpfte, sich von der sowjetischen Herrschaft zu befreien, solidarisierte er sich öffentlich mit dem litauischen Volk. Und nun, Jahrzehnte später, hat Litauen genau diesen Mann nach Russland zurückgeschickt, wo er wegen seiner kriegsfeindlichen Haltung im Gefängnis gelandet ist. Er wurde zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt. Angesichts seines Alters und der Bedingungen in russischen Gefängnissen besteht die sehr reale Befürchtung, dass er diese Haft möglicherweise nicht lebend überstehen wird...Ich halte das für moralisch verwerflich. Und ich bin der Meinung, dass Litauen als demokratischer europäischer Staat für seine Entscheidungen und deren Folgen zur Rechenschaft gezogen werden muss."

CNN berichtete am 18. September, **ein von KI erstellter Bericht habe im Frühjahr mitten im Irankrieg beinahe zur Enterung eines chinesischen Schiffs durch US-Militär geführt, was leicht in einen bewaffneten Konflikt zwischen den USA und China hätte eskalieren können**: „Der Geheimdienstbericht, der in diesem Frühjahr mitten im Krieg mit dem Iran innerhalb des US-Militärs verbreitet wurde, ließ sofort die Alarmglocken läuten: Ein chinesisches Schiff im Nahen Osten transportierte Komponenten für ein Atomwaffenprogramm. Das US-Militär schritt laut vier mit dem Vorfall vertrauten Quellen mit Plänen zur Abfangung des Schiffes zur Tat. Zwei der Quellen zufolge bereiteten sich bewaffnete Angehörige des US-Militärs darauf vor, das Schiff zu entern. Militärflugzeuge waren in der Luft, sagten eine dieser Quellen und eine weitere Quelle, die mit dem Vorfall vertraut war. Erst kurz vor der geplanten Operation untersuchten Beamte den von einem Analysten des Special Operations Command erstellten Bericht genauer und stellten fest, dass er mit Hilfe künstlicher Intelligenz (KI) erstellt worden war – und dass ein Chatbot, den der Analyst verwendet hatte, das vom Schiff transportierte Material falsch identifiziert hatte. CNN konnte nicht in Erfahrung bringen, um welche falsch identifizierte Fracht es sich handelte. Der Bericht war laut einer der Quellen „völlig falsch". Aber er hätte auch „beinahe einen Krieg ausgelöst", so die Quelle. Im gesamten US-Militär und in den Geheimdiensten drängen Verantwortliche darauf, KI in nahezu jeden Bereich ihrer Arbeit zu integrieren – von der Analyse der riesigen Mengen an Rohdaten, die die USA sammeln, über die Auswahl von Angriffszielen bis hin zu eher alltäglichen Anwendungen wie der Verwaltung von Budgets, Logistik und Lieferketten…" https://edition.cnn.com/2026/09/18/politics/us-military-ai-false-intelligence-china-ship

Das kritische US-Nachrichtenportal *The Intercept* kommentiert: „Nach wochenlangen intensiven Diskussionen unter den prominentesten Vertretern der Branche darüber, ob amerikanische KI-Labore sich selbst Beschränkungen auferlegen sollten oder ob solche Beschränkungen vom Staat auferlegt werden sollten, gab es praktisch keinen Vorschlag, dem einflussreichsten Kunden dieser Unternehmen – dem US-Militär – Beschränkungen aufzuerlegen. Dies hat dazu geführt, dass führende Vertreter der Branche scheinbar widersprüchliche Aussagen treffen: Persönlichkeiten wie Sam Altman, CEO von OpenAI, warnen einerseits davor, dass sein Produkt eine existenzielle Gefahr darstelle, verkaufen es aber gleichzeitig an den selbsternannten Kriegsminister Pete Hegseth. „Trotz unaufhörlicher Warnungen von KI-Unternehmen, dass KI schädlich sei – selbst in hypothetischer Hinsicht –, setzen sie sich in Wirklichkeit dafür ein, dass ihre unzuverlässigen Produkte in nationale und sicherheitskritische Infrastrukturen wie Verteidigung und Kernkraft integriert werden", sagte Heidy Khlaaf, Chefwissenschaftlerin am AI Now Institute und ehemalige System-Sicherheitsingenieurin bei OpenAI, gegenüber The Intercept. „Angesichts der mangelnden Zuverlässigkeit und Genauigkeit von KI in solch kritischen Kontexten wird genau das letztendlich zu einem katastrophalen Unfall führen. Würden solche Probleme jedoch anerkannt, wäre das für KI-Unternehmen nicht profitabel und würde die Einführung verlangsamen." https://theintercept.com/2026/09/28/ai-military-nuclear-war-doomsday/?utm_medium=email&utm_source=The%20Intercept%20Newsletter

Lasst uns trotz derartiger Nachrichten weiter mutig sein
Guido